

# DIE KIRCHE BESCHLIESST TRAUUNG FÜR ALLE

Daß die Ehe für alle ein Aufstand gegen die Schöpfungsordnung Gottes ist, erläuterten wir bereits in unserem Beitrag im BNI-Nr. 206 auf Seite 34, den das „Deutsche Katholische Sonntagsblatt Nr. 3“ übernommen hatte.

Und nun beschloß die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) bei ihrer Landessynode eine Trauung für alle und damit auch die Vermählung gleichgeschlechtlicher Paare für die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau als ganz normale Eheschließung. Bislang wurde sie in der „Lebensordnung“ der Kirche als Segnung vollzogen. Die Synode hat am 30. November 2018 in Frankfurt mit großer Mehrheit (!) beschlossen, die Unterscheidung zwischen Mann und Frau aufzuheben.

Gleichzeitig schränkte sie die Möglichkeit ein, die Trauung homosexueller Paare generell abzulehnen. Dieses Recht konnten Kirchenvorstände oder Pfarrer bisher für ihre Gemeinde in Anspruch nehmen. Pfarrer können zwar weiterhin „aus seelsorgerischen Erwägungen oder Glaubensüberzeugungen“ Trauungen gleichgeschlechtlicher Paare ablehnen. Sie müßten ihre Haltung nun aber in jedem Einzelfall begründen, erklärte Kirchenpräsident Volker Jung, der offensichtlich seine eigene Bibel nicht kennt. Ähnliches gilt, wenn Pfarrer es ablehnen, einen Menschen nach kirchlichem Ritus beizusetzen, der aus der Kirche ausgetreten war.

Seit 2002 sind nach Angaben der EKHN rund 320 gleichgeschlechtliche Paare vor den Traualtar getreten. Jung gab zu, daß es in dieser Frage unterschiedliche theologische Ansichten gebe. Die Synode zeige aber mit ihrem Votum, welche Auslegungen sie für angemessen halte, betonte der Kirchenpräsident.

Die EKHN hat knapp anderthalb Millionen Mitglieder. Ihr Kirchengebiet erstreckt sich von Biedenkopf im Norden bis Neckarsteinnach im Süden. Rund ein Viertel des Kirchengebietes liegt in Rheinland-Pfalz, das von einer SPD-Partei regiert wird. Die Kirchensynode ist, ähnlich einem Parlament, das maßgebende Entscheidungsgremium. Zwei Drittel der 140 Delegierten sind Gemeindeglieder, ein Drittel Pfarrerinnen und Pfarrer.

Die Delegierten billigten auch den Etat für das kommende Jahr. Er beträgt rund 700 Millionen Euro. Durch die Kirchensteuer (10 Prozent von der Lohnsteuer) erwartet die EKHN Einnahmen von 530 Millionen Euro; Geld, das vor allem für Renovierungen der Außenfassaden der Kirchen verwendet wird. Daher werden die Stellen im Bereich „Bauarbeiten“ eingesetzt. Dies sei nötig, um den Sanierungsstau an Kirchengebäuden zu beseitigen, äußerte der Leiter der Kirchenverwaltung, Heinz Thomas Striegler. Dafür seien fünf Millionen Euro und sechs neue Stellen vorgesehen. Unmaßgeblich dabei scheint zu sein, ob noch der Heilige Geist

in jenen Gemäuern weht oder seit langem diese verlassen hat, wie einst im Tempel von Jerusalem.

## Scharfe Kritik an Flüchtlingspolitik

Zuvor hatte die Synode die Forderung der EKHN nach einer „menschlicheren Flüchtlingspolitik“ bekräftigt. Auch hier verabschiedeten die 140 Delegierten ein Positionspapier, das die Verhinderung von Familienzusammenführungen scharf kritisiert. Noch immer gebe es hohe bürokratische Hürden, sagte Kirchenpräsident Jung. Gerade für Menschen auf der Flucht sei das Zusammensein der Familie elementar und ein „wesentlicher Faktor der Integration“, heißt es in dem Positionspapier. Daß der Großteil dieser Emigranten Wirtschaftsflüchtlinge sind, die beim Betreten der Bundesrepublik Deutschland sogleich ein Taschengeld von 450 Euro ausgezahlt erhalten zuzüglich Sprachkurse und Unterkunft, sogar ihrem antichristlichen Islamglauben in den hiesigen Moscheen nachgehen können, gibt es in keinem Einwanderungsland der Erde. Neben der Kinder- und Altersarmut in unserem Lande konnte dies diese Landessynode nicht tangieren. So ist es eine Schande, wohin die Evangelische Kirche in dieser Endzeit erwartungsgemäß hinsteuert.

Klaus Mosche Pülz